

Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 67 A

BERLIN • Sonnabend, den 19 März 1932

1 JAHRGANG

Klassengegner in Ost-Asien.

Von Alexis Baranoff.

„Wir wollen nicht einen Zoll fremden Bodens. Aber von unserem Boden gehen wir niemandem auch nur einen Fuß breit.“ Mit diesen Worten schließt ein Leitartikel der „Iswestija“ vom 4. März, der die Ueberschrift trägt: „Die Sowjet-Union und Japan.“ Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Sowjet-Union von den ersten Tagen des fernöstlichen Konfliktes an die Position strenger Neutralität angenommen hat, beleuchten die Russen die Provokationen und Pläne der japanischen Militaristen. Sie erinnern an die Verleumdungskampagne, die das Gerücht verbreitet, die Sowjet-Union unterstütze den General MA, an die provokatorischen Erfindungen von der Konzentration einer Sowjet-Armee in dem Gebiet von Wladiwostok. Die Moskauer Regierung leugnet nicht, daß sie die Militärgarnisonen im Fernen Osten verstärkt hat, aber sie hat dies nicht getan, um von ihrer Seite aus in den mandschurischen Konflikt einzugreifen, sondern zum Schutz ihrer Grenzen vor Ueberfällen. In dem Leitartikel der „Iswestija“ werden eine Reihe japanischer Dokumente veröffentlicht, aus denen der Operationsplan Japans gegenüber den russischen Besitzungen in Asien unverhüllt zutage tritt.

Mag es mit diesen Dokumenten stehen, wie es will — es gibt außer jenen Verleumdungen, außer diesen Dokumenten Taten, die die Haltung der japanischen Regierung hinreichend kennzeichnen. Tokio hat nicht geantwortet auf den Sowjet-Vorschlag bezüglich des Abschlusses eines Nicht-Angriff-Vertrages. Die Tätigkeit der Weißgardisten in der Mandschurei entwickelt sich unter dem Schutz der Japaner. Eine in Dairen erscheinende offiziöse japanische Zeitung betont, daß „die weißgardistische Bewegung, vom Augenblick der Organisierung der neuen Regierung in der Mandschurei an, sich sehr stark belebt habe.“

Am 6. Februar erfolgte die Besetzung Charbins, der wichtigsten Handelsstadt in der Nordmandschurei und dem Sitz der Verwaltung der „chinesisch-östlichen Eisenbahn.“ Mit diesem Vorstoß hat Japan Ansprüche der Russen in der Mandschurei unmittelbar getroffen.

Die chinesisch-östliche Eisenbahn ist in den Neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von der zaristischen Regierung zum Zweck der wirtschaftlichen Durchdringung der Mandschurei erbaut worden. Seit 1924 wird sie gemeinsam von chinesischen und sowjet-russischen Beamten verwaltet. Gerade wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist sie eine Quelle ständiger politischer Intrigen gewesen; diese haben 1929 zu einem bedrohlichen Konflikt zwischen China und Rußland geführt, der durch chinesische Willkürakte provoziert, mit militärischen Maßnahmen von Seiten Rußlands beantwortet wurden.

Bisher hatte es so ausgesehen, als ob Japan bemüht gewesen wäre, sich von der Sphäre dieser Bahn fernzuhalten. Die Besetzung Charbins aber und die Aufriechtung der „unabhängigen“ Mandschurei machen es jedem klar, daß Japan seinen Einfluß mindestens bis an die russische Grenze ausdehnen wird. Durch die Besetzung Charbins, dem Verwaltungspunkt der Eisenbahn, sind die Sowjet-Beamten, die diese Eisenbahn betreiben, in eine äußerst schwierige Lage versetzt worden. Sie haben es in Wahrheit jetzt nur noch mit chinesischen Strohmannern zu tun, hinter denen die japanische Militärverwaltung steht. Die Japaner sind inzwischen weiter gegangen. Drei Tage nach der Besetzung Charbins hat der chinesische General, der Vorsitzende der unter japanischem Einfluß stehenden neuen Provinz Regierung, den Befehl erhalten, daß fortan die chinesischen Interessen der Eisenbahn durch das Mukdener Verkehrskomitee vertreten werden sollen, eine von Japanern beeinflusste Behörde. Nanking, das auf diese Weise ausgeschaltet wurde, hat nur erfolglos protestiert.

Obwohl so im Norden der Mandschurei Japan und Sowjet Rußland sich nunmehr unmittelbar gegenüber-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Tod im Bergwerk — Arbeitslosigkeit draußen.

f Brüz, 17. März.

Wie von der Generaldirektion der Brucher Kohlenwerke mitgeteilt wird, besteht keine Aussicht mehr, die in der Grube eingeschlossenen acht Bergleute zu retten. Dennoch werden die Rettungsarbeiten mit aller Kraft fortgesetzt. Durch den Luftschacht in den Stollen hinabgelassene Briefe blieben ohne Antwort. Auch eine stark leuchtende Grubenlampe wurde hinabgelassen, doch fand sich keine Hand, die die Lampe erfaßt hätte.

Die für die Rettungsarbeiten eingesetzten Bergleute kämpfen unter Einsetzung ihres Lebens nicht nur für ihre gefährdeten Kameraden, sondern auch — für die Erhaltung der-Grube. Ein Maschinist, der die Grundwasserpumpe zu bedienen hatte, blieb auf seinem Posten in dem Bewußtsein, wenn er flüchte, würde die Grube ersaufen. Donnerstag mittag teilte er telephonisch mit, daß sich die Rauchschwaden näherten und fragte, ob er seinen Platz verlassen dürfe. Die Antwort lautete, er solle bis zum Äußersten ausharren. Nach einigen Stunden teilte er mit, daß ihm Rauch und Gase bereits den Weg zum Schacht abgeschnitten hätten und daß er sich zum Luftschacht begeben. Seitdem fehlt von ihm jede Spur.

Wofür diese Anopferung? 400 Mann sind damit beschäftigt, das Feuer zu ersticken. Gelingt es nicht, so werden 1500 Arbeiter brotlos.

Unerhörte neue Unternehmeroffensive.

Tausenden gekündigt. 25 Prozent Lohnabbau gefordert.

a Kattowitz, 17. März.

Am Donnerstag wurde 1180 Arbeitern der Charlotte-Grube bei Rybnick die Kündigung zugestellt. Diese Grube, die größte des Rybnicker Reviers, wird am 1. April stillgelegt werden. 900 Arbeiter waren bereits vorher entlassen worden. Die Königs-Hütte stellte am Donnerstag 1600 Arbeitern die Kündigung zu, obgleich der Demobilisierungskommissar den Antrag auf Entlassung dieser Arbeiter bereits zweimal abgelehnt hatte.

a Kattowitz, 17. März.

Der Lohn tarif für die Eisenhütten in Ostoberschlesien, der bereits im Januar gekündigt und dann bis zum 31. März verlängert worden war, ist jetzt von den Arbeitgebern erneut gekündigt worden. Die Unternehmer verlangen eine Herab-

Severings Aktion gegen die NS.

Wieweit SEVERINGS Aktion gegen die NS gehen wird, ist noch undurchsichtig. Bisher liegen Meldungen über Haus-suchungen in NS-Geschäftsstellen in allen Gegenden Preußens vor, so in Altona, Berlin, Brandenburg, Breslau, Göttingen, Hamburg, Hannover, Itzehoe, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg. Ueber das Ergebnis der Haussuchungen lehnt die Polizei jede Äußerung ab.

Hitler protestiert.

Berlin, 18. März.

Was die SEVERING-Aktion angeht, so hört man von Seiten der NS viel, von Seiten der Polizei und der preußischen Regierung nichts.

HITLER hat erklärt, daß die Polizei bei den Haussuchungen in Berlin — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — sich geweigert habe, Bescheinigungen über das beschlagnahmte Material auszustellen und es unter Zeugen zu versiegeln. HITLER „stellt vor der gesamten Öffentlichkeit fest“, daß damit die Möglichkeit der Unterschiebung gefälschten Materials bestehe.

Für die Zusammenziehung der SA-Männer beruft HITLER sich darauf, daß GROENER eine Woche vorher über die geplante Maßnahme in Kenntnis gesetzt worden sei und keinen Einspruch erhoben habe. Der Zweck der Maßnahme sei ge-

AUS DEM INHALT:

Drohender Bürgerkrieg in der Mandschurei.

Leipart über Weltwirtschaft.

Agrarpolitik der französischen Sozialisten.

Aus Hitlers Stammrolle.

setzung der Löhne um 25 Prozent. Die Schlichtungsverhandlungen sollen in den nächsten Tagen stattfinden.

Neue Bergarbeiter-Entlassungen im Ruhrgebiet.

750 auf die Straße.

Essen, 17. März.

Die Zeche „Vereinigte Präsident“, die zum Lothringen-Konzern gehört, schränkt ihre Förderung weiter ein. Deswegen hat sie bei der zuständigen Behörde beantragt, zum 10. April 750 Bergarbeiter zu entlassen.

Stilllegungen im Harzer Bergbau.

135 Mann entlassen.

Bad Harzburg, 16. März.

Die Bergbau AG Lothringen hat ihre im Amtsbezirk Harzburg gelegenen Eisenerzgruben „Friederike“ und „Hansa“ mit dem 15. März stillgelegt. Die Belegschaften von zusammen 135 Mann wurden entlassen und nur noch wenige Arbeiter zurückbehalten, die für die Abräumung der Haldenbestände sorgen. Nach Aufarbeitung dieser Bestände, in etwa sechs Wochen, wird auch die vor Harzburg gelegene Mathildenhütte ihren Betrieb einstellen. Auf der Mathildenhütte wurde das gesamte Erz, das in den beiden Gruben abgebaut wurde, verhüttet. Nachdem der Demobilisierungskommissar im Februar den Stilllegungsantrag für die Gruben genehmigt hatte, wurden nochmals Verhandlungen über eine finanzielle Stützung der Betriebe angeknüpft. Diese Verhandlungen sind gescheitert.

wesen: „Durchführung der Wahlarbeit“ und Schutz derjenigen, die sie durchführen, gegen „rotes Menschentum“.

Es regnet von Protesten gegen die SEVERING-Aktion. Die Absender sind NS-Fraktionen und -Gauleitungen. Der Adressat ist GROENER.

Es wird hohe Zeit, daß SEVERING fortfährt, zu handeln.

Was tut Groener?

Völlig unbeteiligt.

Berlin, 17. März.

Wie von zuständiger Reichsstelle mitgeteilt wird, ist das Reich an der polizeilichen Aktion gegen die Nationalsozialisten in Preußen völlig unbeteiligt. Die Untersuchung ist vom Reich weder angeregt noch angeordnet worden.

Zweifelloos ist die SEVERINGSche Aktion Herrn GROENER nach seinem NS-freundlichen Reichswehrerlaß nicht angenehm.

Keine Schuldenverhandlungen.

STIMSON dementiert.

Washington, 17. März.

Staatssekretär STIMSON hat die formelle Erklärung abgegeben, daß die Gerüchte, die Regierung der Vereinigten Staaten habe mit den Schuldnerstaaten Verhandlungen über eine Regelung der Schulden aufgenommen, vollkommen unbegründet seien. Es entspreche auch nicht den Tatsachen, daß dorartige Verhandlungen beabsichtigt seien.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

stehen, das provozierende Verhalten Japans sich verschärft, liegt nach unserer Ansicht kein Anlaß vor zu der Annahme, daß die Sowjetregierung zur Verteidigung eines aus zaristischer Zeit geerbten imperialistischen Unternehmens Krieg führen wird. Sowjet-Rußlands Pläne liegen auf einem anderen Gebiet, als jetzt mit den kapitalistischen Mächten kriegerisch um den mandchurischen Markt zu streiten. So erklärt sich auch die außerordentlich weitgehende Bereitschaft der Sowjet-Regierung, es nicht zum Krieg mit Japan kommen zu lassen. Alle Meldungen über Truppen-Bewegungen an der mandchurisch-russischen Grenze sind, wie dies auch von Moskau aus bestätigt wird, (und wir haben keinerlei Anlaß, dem zu mißtrauen), wirkliche Verteidigungsmaßnahmen, von japanischer Seite aus dagegen Vorkehrungen zu einem Angriff, der in dem Augenblick unternommen werden wird, in dem Japans Pläne ausgereift sind.

Alle diese Vorgänge interessieren uns deshalb, weil sie uns eine Veranlassung geben, eine Vergleichung Rußlands mit dem Verhalten der kapitalistischen Großmächte anzustellen.

Genau so wie Japan durch die Besetzung Charbins in ein wichtiges russisches wirtschaftliches Interessengebiet eingebrochen ist, bedeutet Japans Angriff auf Schanghai eine schwere Herausforderung vor allem britischer und amerikanischer Handelsinteressen. Und genau so wie Rußland zurückhaltend den japanischen Übergriffen zusieht, sind auch die Westmächte wortkarg und tatenlos. Sie umgeben die exterritorialen Teile Schanghais mit Stacheldraht, sie verdoppeln ihre Garnisonen, sie holen Kriegsschiffe herbei und bieten dauernd ihre diplomatischen Dienste für Waffenstillstandsverhandlungen an.

Das Verhalten Sowjet-Rußlands einerseits und der westlichen Regierungen andererseits ähnelt sich nicht nur äußerlich. Auch in den Gründen kann man eine gewisse Verwandtschaft feststellen. So wie die chinesisch-östliche Bahn für einen im Aufbau befindlichen und in der Isolierung kämpfenden kommunistischen Staat eine Frage von untergeordneter Bedeutung ist, der zuliebe dieser Staat den Erfolg seiner Innenpolitik nicht aufs Spiel setzt, so ist auch das wirtschaftliche Interesse des Westens an China nicht so groß, als daß die unter einer furchtbaren Wirtschaftskrise ächzende kapitalistische Welt leichten Herzens einen Krieg oder auch nur wirtschaftliche Sanktionen gegen Japan riskieren würde.

Aber die Vergleichung führt noch weiter: Mögen auch die im Augenblick auf dem Spiel stehenden Interessen weder Sowjet-Rußland noch die Westmächte aus ihrer Reserve herauslocken, beide haben ein Interesse an China, ein Interesse, das sie ins Auge fassen und für dessen Vertretung sie Vorkehrungen treffen. Für Sowjet-Rußland geht es um die Zukunft der kommunistischen Weltrevolution, die in China vielleicht ihren nächsten Wegbereiter haben wird. Für die Westmächte handelt es sich um die Aufrechterhaltung der Politik der offenen Tür, eine Tür, die nicht durch die Japaner zugeworfen werden darf.

Das Verhalten der Sowjet-Union steht im Augenblick nicht im Widerspruch zum Interesse des Kommunismus in China. Man kann vielmehr mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß der nun einmal ausgebrochene japanisch-chinesische Krieg den Fernen Osten ein gut Stück in Richtung einer kommunistischen Revolution vorwärtsdrängen wird. Die 19. chinesische Armee, die die Kämpfe um Schanghai führt, wird von den Japanern als die Rebellenarmee bezeichnet; in ihr kämpfen Schanghai Arbeiter, Studenten und Arbeiterinnen aus den Seidenspinnereien Tschapeis und Schanghais. Der Boykott, Chinas tödliche Waffe im Kampf gegen Japan, mobilisiert die Massen. Propagandisten durchziehen das ganze Land, um die chinesische Bevölkerung aufzurufen, den Kampf gegen japanische Baumwollgewebe, Seide und Zucker durchzuhalten. Der Hafendarbeiter in Schanghai sieht die aufgestapelten Warenballen japanischer Großfirmen, die vergeblich auf Abnahme warten. Anfang Januar lagen in den chinesischen Häfen 800 000 Registertonnen Frachten fest. Japanische Kohle wird nicht mehr abgesetzt. Lebensmittel, Reis und Weizen von japanischen Firmen für chinesische Arbeiter in englischen und amerikanischen Kolonien bestellt, verlassen China nicht. Das alles ist ein unmittelbarer Anschauungsunterricht für die Erziehung auch zu proletarischen Kampfaktionen, die vertieft wird durch den glühenden Haß der chinesischen Bevölkerung gegen den japanischen Raubzug und durch eine geeignete Agitation kommunistischer Agitatoren.

Wie Sowjet-Rußland Grund hat, die chinesischen Vorgänge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der eigenen Herausdrängung aus der Mandchurei zu betrachten, so können auch die westlichen Großmächte genau in der gleichen Weise damit rechnen, daß die Entwicklung der Ereignisse letzten Endes für sie vorteilhaft sein wird. Gewiß werden die Kaufleute in Schanghai zur Zeit geschädigt. Aber erstens werden sie sich voraussichtlich von Japan Entschädigung einholen, ferner erweist sich schon jetzt, daß Großbritannien und Deutschlands Export nach Hongkong gestiegen ist und der japanische Anteil an der chinesischen Einfuhr von 31,6 Prozent auf 7,6 Prozent im Dezember, und knapp 2 Prozent im Januar gefallen ist. Die Vernichtung eines Stadtteils in Schanghai, der über eine halbe Million Menschen beherbergt hatte, ist daran gemessen nur eine Episode in der großen Politik. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die schon von dem

Krieg finanziell erschöpfte Nanking-Regierung nach Erledigung des japanischen Vorstoßes einer großen ausländischen Anleihe bedarf: eine solche Anleihe erfordert aber „Sicherungen“ gegen Mißwirtschaft und Mißbrauch des teuren Geldes, wodurch dann China fester und sicherer in die Hand der Großmächte gebracht wird, als das ohne Japans „Hilfe“ so schnell hätte erfolgen können. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, vollzieht sich im Fernen Osten eine Entwicklung, in der sich die folgenden Gegner gegenüberstehen: Auf der einen Seite die chinesischen Bauern, gestützt durch das chinesische Proletariat, noch unsicher in ihren Zielen, vorwiegend getrieben durch Hunger und Haß, unter Mangel an Führung leidend, aber in Europa einen starken Sympathisierenden hinter sich, die Sowjet-Union. Auf der anderen Seite die Westmächte, ihre Importe verteidigend, diese Importe von Geld und Waren, die sie durch Verträge in Verbindung mit internationalen Truppen sichern.

Kuhhandel um den Donauebund-Plan. Vertrauliche Besprechungen.

i Genf, 17. März.

In Genf finden vertrauliche Besprechungen zwischen deutschen und französischen, französischen und englischen Regierungsvertretern statt.

Wie es scheint, ist die englische Regierung bereit, den französischen Plänen unter Vorbehalt entgegenzukommen. In Genfer Kreisen vermutet man einen Zusammenhang zwischen dieser englischen Haltung und der Aufhebung des französischen fünfzehnprozentigen Zollzuschlags auf die englische Kohleneinfuhr, durch den Frankreich sich gegen die Konkurrenz der bei der Pfundentwertung billigen englischen Kohlen geschützt hatte.

Die französisch-englische Verständigung wird ferner dadurch erleichtert, daß beide Regierungen — im Gegensatz zu der Stellungnahme Deutschlands — die Notwendigkeit der Kredithilfe für die Donaustaaten in erster Linie betonen. England kann nur auf diesem Weg seine umfangreichen in den Donaustaaten eingefrorenen Kredite mobilisieren. Frankreich hofft, durch die Voranstellung der Kreditfragen vor die handelspolitischen Verhandlungen in den kommenden Beratungen Oberwasser zu erhalten; es rechnet, wie TARDIEU dem deutschen Vertreter in Genf erklärt hat, damit, daß nur der französische Kapitalmarkt für eine Finanzierung dieser Staaten in Frage kommt.

Eine Verständigung über die deutsch-französischen Gegensätze ist bisher nicht erzielt worden.

Einig oder uneinig?

z Paris, 18. März.

Die aus französischer Quelle stammende Behauptung, daß Sir JOHN SIMON mit den finanziellen zeitweiligen Hilfsplänen TARDIEUS für Oesterreich und Ungarn einverstanden sei, wird von den zuständigen englischen Stellen als völlig verfrüht bezeichnet. Tatsächlich sei auch jetzt noch keine endgültige Entscheidung über die von England zu verfolgende Politik gefallen. Der Gedanke einer Aussprache der Mächte im Rahmen des Donauausschusses stamme von englischer Seite, sei aber nur in der Form eines versuchsweisen Vorschlages vorgebracht worden.

Drohender Bürgerkrieg in der Mandchurei.

In Mukden ist der Belagerungszustand durch den japanischen Oberbefehlshaber verhängt worden; weitere Truppen sind zusammengezogen worden. HONJO hat eine Zusammenkunft mit General MA gehabt, dem Kriegsminister der neuen Republik. Die politischen Kreise in Japan sehen die Lage in der Mandchurei so ernst an, daß sie von der Gefahr eines Bürgerkrieges reden. Die Angriffe der mandchurischen Bevölkerung richten sich gegen die Beamten der neuen Regierung, vor allem gegen die Personen der Minister. Dahinter stehen japanfeindliche Bewegungen, die von den in der Mandchurei lebenden Chinesen gefördert werden.

Aus Schanghai trifft die Meldung ein, daß Tausende chinesischer „Banditen“ die Stadt Petuna, die südwestlich von Charbin liegt, gestürmt haben. Diese „Banditen“ sind im Besitz von Maschinengewehren und haben ihren Sturm auf die Stadt völlig militärisch organisiert. Die Japaner fürchten einen Vorstoß dieser Aufständischen gegen Mukden. Eine Reihe von Ortschaften in der Nähe von Mukden sind bereits besetzt worden, die Flaggen der neuen Republik heruntergerissen und eine Reihe von Beamten abgesetzt; andere Richter und Beamte sind zurückgetreten mit der Begründung, daß sie nicht unter der neuen Regierung zu dienen wünschten.

Der Sonderausschuß des Völkerbundes hat zu der verschärften Lage in der Mandchurei am Donnerstagabend Stellung genommen. Es handelte sich um die Frage, ob das Mandchurei-Problem in die Streitregelung einbezogen werden soll. Es setzte sich der englische Standpunkt durch, der die Einschließung des mandchurischen Problems ohne besondere neue Beschlußfassung für selbstverständlich hielt. Der Ausschuß ging auseinander mit dem Beschluß, vorläufig nicht wieder zusammenzutreten.

Die Kammer gegen das Wahlreformgesetz.

Die Regierung greift nicht ein.

k Paris, 18. März.

Die Kammer lehnte in einer Nachtsitzung mit 299 gegen 227 Stimmen die Hauptpunkte des Wahlreformgesetzes ab, das vom Wahlausschuß der Kammer nach der Ablehnung durch den Senat erneut eingebracht worden war. Die Artikel betreffend die Aufhebung des zweiten Wahlganges, den Wahlzwang und das Frauenwahlrecht wurden abgetrennt und nur der Text verabschiedet, der bereits vom Senat angenommen worden war. Die Regierung hatte es diesmal vorgezogen, sich während der Aussprache lediglich der Form halber durch den Innenminister vertreten zu lassen, ohne in irgend einer Weise in den Meinungsstreit einzugreifen, der zum Teil heftige Formen annahm.

Alle Mutmaßungen, die darauf hinauslaufen, daß die eigentliche Front in einem Krieg zwischen dem Westen und Japan zu suchen ist, haben sich bisher als trügerisch erwiesen. Die Frontbildung kann sich durchaus vollziehen zwischen den imperialistischen Staaten (einschließlich Japan) und Chinas aufsteigenden revolutionären Massen mit der mindestens sympathisierenden Sowjet-Union im Hintergrund. Ein Krieg zwischen Japan und den Westmächten schließt also für die Kapitalisten nicht nur die Gefahr ein, daß er finanziell ein äußerst riskantes Experiment ist, — seine Hauptgefahr für den Kapitalismus enthält er sicher in der Möglichkeit, daß die chinesische Revolution durch ihn beschleunigt wird.

Der antijapanische Boykott der Chinesen ist von Sir JOHN SIMON im englischen Parlament als eine Friedensstörung betrachtet worden. Sie ist eine Friedensstörung, die Großbritannien und allen kapitalistischen Mächten eines Tages teuer zu stehen kommen kann.

Um die Beamtenpensionen. Niederlage der französischen Regierung.

k Paris, 17. März.

In der Kammer standen am Donnerstag die Pensionsvorlagen zur Behandlung. Die von der Linken geforderte Abtrennung des ersten Artikels wurde vom Finanzminister FLANDIN in längeren Ausführungen scharf bekämpft. Aus der Rede des Ministers hat nur die Feststellung mehr als rein innerpolitisches Interesse, daß die Beamtenpensionen von 300 Millionen Francs 1914 auf 4216 Millionen im Jahre 1931 angewachsen sind. Bei der Abstimmung wurde die Regierung mit 313 gegen 235 Stimmen erneut in die Minderheit versetzt. Finanzminister FLANDIN sah sich jedoch nicht veranlaßt, die Vertrauensfrage zu stellen.

Snowden für Regierungsvollmachten.

m London, 17. März.

Anläßlich der Beratung über das Verlängerungsgesetz für die der englischen Regierung im vergangenen Herbst erteilten Vollmachten bezüglich des Devisenhandels und der Lebensmittelpreise erklärte Lord SNOWDEN im Oberhaus, indem er das Gesetz unterstützte, die englische Regierung müsse mit allen notwendigen Vollmachten ausgerüstet sein, um alle sich ergebenden Schwierigkeiten behandeln zu können und jeder Lage gewachsen zu sein, denn, so sagte Lord SNOWDEN, es sind noch viele ungelöste geldliche und wirtschaftliche Weltfragen vorhanden, einschließlich der Reparationen. Der sei ein unweiser Prophet, der eine sichere Voraussage über das machen wolle, was im Schoße der Zukunft verborgen sei, solange diese ungelösten wirtschaftlichen, finanziellen und industriellen Zustände noch bestehen bleiben.

Lloyd George im Unterhaus.

Die Liberalen gegen die Nationalregierung.

London, 17. März.

Am Donnerstag erschien Lloyd GEORGE zum erstenmal seit den Wahlen wieder im Unterhaus. Nach seinen scharfen Angriffen im Klub der Jungliberalen gegen den Innenminister Sir HERBERT SAMUEL und andere Minister war man allgemein auf seine Ankunft gespannt. Er wurde mit lauten Beifallsrufen von allen Bänken begrüßt. Als er sich plötzlich Sir HERBERT SAMUEL gegenüber sah, brach das ganze Haus in schallendes Gelächter aus, in das die beiden Widersacher, nachdem sie sich zunächst verwirrt betrachtet hatten, schließlich herzlich einfielen.

Der Londoner liberale Verband wählte am Donnerstag LLOYD GEORGE für ein weiteres Jahr zu seinem Präsidenten. Der Hauptausschuß faßte eine Entschließung, daß der Verband die Nationalregierung nicht mehr länger unterstützen könne.

Anerkennung Sowjet-Rußlands durch USA?

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen habe, ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion zu ändern und die Regierung de jure anzuerkennen.

Sobald die amerikanische Regierung die Anerkennung ausspricht, soll eine Kommission nach Moskau entsandt werden, um einen neuen Handelsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen.

Die Kirchen triumphieren!

Öffentliche Versammlungen verboten. Flugblattverteilung weiter eingeschränkt.

Amtlich wird mitgeteilt:

Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll. In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag mittags 12 Uhr (wir übersetzen aus der Sprache der Kirchen und der Reichsregierung: vom 20. März bis zum 3. April, Red.) dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verhetzung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiterhin zu dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, vom 28. März v. J., brauchten nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorherigen Kenntnisnahme mitgeteilt zu werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Nimmehier ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Vorlegungspflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

Leipart über die Weltwirtschaftslage.

H. Bern, 17. März.

Auf der gestrigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsausschusses in Bern sprach THEODOR LEIPART über die Weltwirtschaftslage. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Hinweis auf die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, die einen ruhigen Ablauf der Wirtschaft immer wieder verhindern. Blutige Kämpfe in China, Gärung in Indien, Streit um das Memelland, Gegensätze in der Abrüstungsfrage, Verschleppung des Reparationsproblems in außenpolitischer Beziehung; Zunahme des faschistischen und nationalistischen Radikalismus in Verbindung mit einer sozialen Reaktion größten Ausmaßes in innerpolitischer Hinsicht. Mangelndes Vertrauen in der Politik heißt ins Wirtschaftliche übertragen: *Mangelnde Kreditbereitschaft!* Neben den politischen Ursachen der Wirtschaftskrise dürfen freilich nicht die wirtschaftlichen Gründe des Zusammenbruchs übersehen werden. Der wahllosen Ausweitung der Produktion stand keine entsprechende Nachfrage gegenüber. Durch Zurückhaltung der Warenvorräte, durch Vereinbarungen über Drosselung der Erzeugung konnte der Zusammenbruch zwar hinausgezögert werden, trat dann aber um so wuchtiger ein. Die Selbstheilungskräfte, die jede Wirtschaftskrise bis jetzt in sich getragen hat, versagten.

Wir stehen nun vor der Frage: Muß die Menschheit tatenlos zusehen, wie sich die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel einschrumpft, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, daß die Wirtschaft den Menschen beherrscht, — oder kann der Mensch vermöge seines Willens und seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die Wege aufzuzeigen, die aus dem Dunkel der Krise führen! Denn die Arbeiterschaft leidet am meisten unter den Krisen. Die Gewerkschaften haben aber auch das Recht, Vorschläge zu machen und ein Anrecht darauf, daß ihre Vorschläge gehört werden. Sie sind am Aufbau und am Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht beteiligt gewesen, sie sind bis zum heutigen Tage von der Wirtschaftsführung so gut wie ausgeschlossen gewesen, — die Gewerkschaften sind also für den Zusammenbruch der Wirtschaft nicht verantwortlich!

LEIPART kennzeichnet dann die dringlichsten Aufgaben zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise:

1. Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Die Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten.
2. Man kann die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einführung der Vierzig-Stunden- bzw. Fünf-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht angenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Wir dürfen uns durch den bisherigen Mißerfolg nicht entmutigen lassen, weiter energisch für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.
3. Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Versagens der privaten Wirtschaft ist der einzig gangbare Weg hierzu ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Wir begrüßen den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellt worden ist und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen, diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

gramm, das von der öffentlichen Hand ausgeht. Wir begrüßen den Plan einer internationalen Arbeitsbeschaffung, der vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellt worden ist und bedauern es, daß die Bedenken gegen die Durchführbarkeit dieses Planes drohen, diese fruchtbare Idee zum Scheitern zu bringen.

4. Die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms erfordert besondere Anstrengungen. Wenn auch über die verschiedenen Pläne hierzu das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, so sollten doch die Gewerkschaften aller Länder unablässig ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern.

5. Es ist bezeichnend, daß die Krisenkongresse, die in letzter Zeit von einigen unserer Landeszentralen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, die Welt aus der Krise herauszuführen. Seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden (durch Wirtschaftspolitik unwirksam gemacht worden! Red.). Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit wird die Krise überwinden. Die Förderung und Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft ist daher eine dringliche Aufgabe der Gewerkschaften.

Leipart rief den Politikern zu: Zerstört nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Völker, indem ihr versucht, ihnen auf dem Wege politischer Machtentfaltung Vorteile zu erringen, die letzten Endes mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bezahlt werden müssen. Bei den vielfachen Reisen der verantwortlichen Politiker in den letzten Monaten sind viele freundliche Worte gefallen. Sie haben aber nur dazu gedient, die Entscheidungen, die doch einmal getroffen werden müssen, zu verzögern, obgleich die steigende Not rasches Handeln verlangt.

Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält — damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Neue Kriegsleihe.

c Tokio, 18. März.

Die japanische Regierung verlangt vom Parlament die Zustimmung zu einer neuen Anleihe in Höhe von 53 Millionen Yen (etwa 7½ Millionen Mark), um die militärischen Ausgaben in China und in der Mandschurei zu decken.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

am 23. März in Berlin hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die

Internationale Verlags-Anstalt, G. m. b. H. / Berlin S 14, Inselstr. 8a.

„Nordisch-germanisches Wesen“.

Nationalsozialistische Kulturpolitik.

R. I. Eine Studienrätin, Leiterin im nationalsozialistischen Lehrerbund, sprach über die Aufgaben der Mädchenbildung im Dritten Reich.

Aus ihrer Rede:

Aufgabe der deutschen Erziehung ist es, den Rasseninstinkt, der als Instinkt weitgehend verlorengegangen ist, zur Rassenerkenntnis zu erheben, um so die Reinheit der nordisch-germanischen Rasse zu fördern.

Dazu ist es nötig, alle diesem Instinkte entgegengesetzten Einflüsse mit Gewalt auszuschalten. Es herrscht strengste Buchzensur. Es ist besser, zehn gute Bücher werden dabei mit unterdrückt, als daß auch nur ein unsauberes Machwerk durchschlüpft.

Genauer über die Organisation im Dritten Reich soll nicht gesagt werden. Dies zu verlangen, bedeutet Unglauben in die Fähigkeiten des großen Führers, der immer recht behalten hat und zur gegebenen Zeit das Richtige tun wird. Er darf sich nicht vorher festlegen, das würde seine Initiative hemmen.

Die Schule ist Staatsschule auf christlicher Grundlage. Sie soll den Materialismus ausrotten; denn die zweitausendjährige Tradition des Christentums ist in das nordisch-germanische Wesen eingegangen.

Die Mädchenschule wird total anders beschaffen sein als die Knabenschule. Die Vormansung der Geschlechter muß aufhören. Wie jedes Volk seine besondere Aufgabe in der Welt hat, so hat auch jedes Geschlecht seine Aufgabe. Die Mädchen sollen zur Ehe erzogen werden, zur Mutter. Es soll in ihnen die Ueberzeugung wachsen, daß eine Frau, die nicht heiratet und eine Reihe von gesunden Kindern bekommt, ihren Beruf verfehlt hat und nicht zur Erfüllung gekommen ist.

Viele Frauen bleiben der Bewegung fern, weil sie auf die Frage: Behalten die Frauen Rechte? keine Antwort erhalten. Das ist eine schändliche Frauennur! 13 Jahre lang stehen die Männer im Kampf; die Frauen dürfen mitarbeiten an der Rettung des Vaterlandes, statt dessen verfolgen sie egoistische und niedrige Zwecke. Heil Hitler!

Eine Aussprache fand nicht statt; wohl aber sollten schriftlich eingereichte Fragen beantwortet werden. Durch energische Zwischenfragen gelang es in einigen Fällen, die Rednerin zu eingehenderen Äußerungen zu nötigen, als sie sie hatte geben wollen.

1. Frage: „Ist die Ueberzeugung von dem höheren Wert der nordisch-germanischen Rasse ein Glaube oder eine wissenschaftliche Erkenntnis?“

Antwort: „Eine wissenschaftliche Erkenntnis.“

„Warum?“

„Sie ist erforderlich für die Rettung Deutschlands.“

„Wenn die Amerikaner nun die Höherwertigkeit ihrer Mischrasse behaupten, was ist dann wahr?“

„Für die Deutschen die Höherwertigkeit der nordisch-germanischen Rasse.“

„Es gibt also keine objektive Wahrheit?“

„Jedes Volk hat seine Wahrheit!“

„Worauf bauen Sie diese Behauptung auf?“

„Auf Spengler, der das lange bewiesen hat.“

„Seine Ansicht halten Sie für objektive Wahrheit?“

„Ja.“

„Also gibt es objektive Wahrheit?“

„Jedes Volk hat seine eigene Wahrheit... Im übrigen ist der Nationalsozialismus keine Theorie, sondern Praxis. Wahr ist für ihn, was ihm dient.“

2. Frage: „Wie paßt der Judo Jesus und das Christentum in den Nationalsozialismus?“

Antwort: „Jesus ist von den Juden bei Lebzeiten verfolgt worden und bis heute nicht anerkannt; er ist also nicht als Judo anzusehen.“

3. Frage: „Wie wird im Konflikt der Ideale entschieden, wenn z. B. die Gerechtigkeitsliebe oder die christliche Nächstenliebe der Ehre und Treue widerstreitet?“

„Das kann nicht vorkommen. Was der nordisch-germanischen Rasse förderlich ist, ist gerecht. Eine weichliche, christliche Nächstenliebe anerkennen wir nicht. Man muß den nordisch-germanischen Menschen vorziehen, das ist natürlich.“

„Wer nur den lieben Gott läßt walten...“

L. K. Ein kirchliches Wochenblättchen, „Heilig dem Herrn“, das im Thüringer Wald erscheint, bringt in jeder Nummer eine Reihe von Aufforderungen, durch fleißige Fürbitte Gott im Interesse bedrängter Glaubensgenossen zu beeinflussen. Die kuriossten Dinge treten da zutage. Bald soll sich der Allmächtige als Arbeitsvermittler betätigen, bald soll er Trinker kurieren oder den Ärzten ins Handwerk pfuschen. Auch als Helfer im Examen benötigt man seine Unterstützung, wenn das eigene Gedächtnis oder der eigene Verstand versagt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK,

die für die Zeit vom 20. März bis zum 2. April einschließlich angesetzt waren, sind auf Anregung der Hohenpriester und Schriftgelehrten durch die Reichsregierung verboten worden. Wir werden unsere Gäste, soweit uns die Adressen bekannt sind, zu einigen geschlossenen Veranstaltungen, die während dieser Zeit stattfinden, einladen. Wir bitten, die Einladungen als Ausweise mitzubringen.

Dortmund-Hörde: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstraße 40. Thema: „Die Aufgaben der Arbeiterschaft nach dem 13. März“.

Erfurt: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße (Hintergebäude). Thema: „Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise“.

Hamburg: Sonnabend, den 19. März, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, Marschnerstraße 36. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Leipzig: Sonnabend, den 19. März, um 20 Uhr, im Volkshaus, Zeitzer Str. 32. Thema: „Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft“.

Freie Aussprache

Eintritt freil!

Polen verhandelt wegen des Attentats auf Twardowski.

m Moskau, 18. März.

Wie von zuständiger Seite verlautet, wurde der polnische Gesandte in Moskau, PATEK, am Donnerstag im Zusammenhang mit dem Bericht des Außenkommissariats über den Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat VON TWARDOWSKI vom stellvertretenden Außenkommissar KRESTINSKI empfangen. PATEK forderte im Namen seiner Regierung Mitteilung genauer Einzelheiten über die in dem Bericht erwähnten Personen polnischer Staatsbürgerschaft, die nach Meinung der Sowjetbehörden an dem Anschlag beteiligt sein sollten. PATEK erklärte, die polnische Regierung lege größten Wert darauf, die Untersuchung einzuleiten, um festzustellen, ob die in dem Sowjetbericht genannten Polen tatsächlich mit dem Anschlag im Zusammenhang gestanden haben.

Tardieu und Litwinow.

d Genf, 18. März.

TARDIEU hatte bekanntlich am Donnerstag in Genf auch eine Aussprache mit dem russischen Außenkommissar LITWINOW. Die Genfer Berichterstatter betonen in diesem Zusammenhang, daß LITWINOW sich in erster Linie über den Stand der Frage des russisch-französischen Nichtangriffspaktes erkundigt habe. TARDIEU habe erklärt, daß er noch keine Zeit gehabt habe, sich eingehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, daß ihm aber schon jetzt gewisse Punkte dieses Vorschlages für Frankreich unannehmbar schienen. TARDIEU habe LITWINOW versprochen, die ganze Angelegenheit der Nichtangriffspakte, die Rußland kürzlich auch mit Rumänien und Polen abgeschlossen habe, nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Genf nach Ostern eingehend zu behandeln.

Einige Beispiele! Sie sind der Ordnung halber numeriert:

582. Für einen gläubigen Kellner, der an Herz- und Nervenschwäche sowie an Gesichtszuckungen leidet. Da das Leiden ihm im Beruf hinderlich ist, bittet er auch, daß ihm seine Stelle erhalten bleibt.

609. Für einen Mann, der wegen einer Verletzung des rechten Fußes arbeitslos geworden ist, dazu ist er noch lungenkrank geworden.

576. Für einen Sohn, der im Examen steht und Theologie studieren will, aber noch nicht bekehrt ist, daß der Herr ihn zu seinem Eigentum machen wolle.

659. Für einen Sohn, den seine Mutter in schwerer Krankheit dem Herrn weihte, der selbst gern Pfarrer werden wollte, nun aber im Latein nicht mitkommt, daß der Herr ihm helfen wolle, sein Ziel zu erreichen.

695. Für einen Sohn, der nach dem Examen ganz verschlossen und schweigsam ist, auch oft Wutanfälle bekommt und die Möbel der Mutter demoliert.

585. Für einen verheirateten Mann, der schon erweckt war und jetzt an eine andere Frau gebunden ist, daß der Herr ihn herumholen und seiner gläubigen Frau Tragkraft und Liebe schenken wolle.

664. Für eine Frau, der viel Geld abhanden gekommen ist, daß es sich doch wiederfinden oder zurückgegeben werden möchte.

Eine Gattung Bittender fehlt in dem bunten Krauz völlig, nämlich die der Kapitalisten; für ihre heruntergewirtschafteten Betriebe, daß der Herr sie wieder flott machen möchte. Diese Herren wissen ein besseres Mittel für ihre Nöte; sie wenden sich an den Vater Staat, dessen Subventionen für diesen Zweck wirkungsvoller sind als die Gnade des Himmels.

Die vorstehende Blütenlese zeigt in erschreckender Weise, wieviel Aberglauben gerade unter der Arbeiterschaft noch spukt, wieviel Aufklärung noch nötig ist, bis die Menschen sich dazu entschließen, ihre Zwecke nicht durch Zaubersprüche zu erreichen zu wollen, sondern durch die planmäßige Anwendung der Mittel, die ihnen in der Natur dafür zur Verfügung stehen.

Das Schicksal der Arbeiterklasse hängt davon ab, ob dieser Entschluß in den Reihen der Arbeiter lebendig wird. „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können nur wir selber tun.“

Die Saat in Braunschweig.

C. F. Montagmorgen nach der Wahl! Meine Wirtin, eine Verehrerin HITLERS, begrüßt mich mürrisch und unfreundlich. Still verrichte ich meine Arbeit. Plötzlich spricht sie: „Denken Sie, unser Rudi (ein elfjähriger Junge) sagte heute morgen zu mir: „Mutti, ich möchte HINDENBURG etwas in den Kaffee tun, damit er endlich erledigt ist. Schade, daß ich erst noch ein Junge bin, aber ich werde ja auch bald ein Mann, dann sollen sie aber sehn! Unsere ganze Klasse besteht nämlich aus Nazis.“ Wieder Schweigen. Ich verlasse die Küche. Eine halbe Stunde später begrüßt sie mich mit den Worten: „Eben haben Bengels zwei Nationalsozialisten geschlagen, das Blut lief nur so. Wenn ich dabei gewesen wäre, ich hätte auf diese Sozis losgeschlagen. Das kann ich Ihnen sagen: diese Bande, diese Sozis haben abgewirtschaftet. Alle Sozialisten sind nur Schweinehunde und arbeiten in ihre Tasche. Nur Nationalsozialisten haben geblutet, und von wem der Terror ausgeht, das wissen wir schon lange, wenn auch die Sozis noch so schwindeln und lügen!“ Ruhig bemerke ich: „Frau D., ich bin Sozialistin, das ist Ihnen bekannt, und daran hat sich nichts geändert...“

Diese Antwort reizte sie so, daß sie noch gemeinere Äußerungen über Sozialisten machte. Ich habe die Unterhaltung abgebrochen, indem ich ihr sagte, Sozialisten könnten bei solchen Leuten nicht wohnen, ich würde schnellstens ausziehen.

Aus Hitlers Stammrolle.

Wir entnehmen dem „Bayerischen Kurier“:

Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands verbreitet ein Wahlflugblatt, in dem ein Regimentskamerad HITLERS ein Bild von der Persönlichkeit HITLERS entwirft, das er als absolut vorläufig persönlich bezeugt. Darin liest man:

HITLER war im Kriege Regiments-Ordonnanz, dem Range nach Gefreiter. Er erfüllte die an ihn gestellten Befehle wie seine übrigen Kameraden, ohne sich besonders hervorzutun. HITLER hat das EK 1 im Kriege 1918 nicht erworben mit dem Flammenwerfer auf dem Rücken oder im Bajonettangriff, sondern weil er seit 1914 dabei war, das EK 2 besaß und als Ordonnanz beim Stabe seine Pflicht tat.

Das „große Wort“ führte HITLER schon zu jener Zeit gerne. Er war ein blinder Optimist, ohne nur im geringsten die Lage und die Gegebenheiten des abgeriegelten Deutschland zu berücksichtigen, noch viel weniger die Tatsachen sehen zu wollen, die jeder Frontkämpfer zwischen 1917 und 1918 feststellen konnte.

HITLER bekannte sich zum Sozialismus.

Er gab das öfters offen zum Ausdruck. Er hatte wohl teilweise abweichende Ansichten über Handlungen der SPD, das änderte aber an seiner grundsätzlichen Weltanschauung nichts.

Religiöse Glaubensüberzeugung bekundete er nicht. Seine Kameraden haben nie beobachtet, daß er Gebrauch von den Heilmitteln seiner Kirche gemacht hätte. Die Feldgottesdienste machte er soweit mit, als Befehl vorlag. Seine Äußerungen über den Katholizismus waren nie positiv, sondern mit Spott und Hohn durchtränkt.

Die mit ADOLF HITLER im November 1918 bei der Abwicklungsgastelle 2. Bayerisches Infanterie-Regiment, Kommando-Kompagnie in der Amalenschule, Hinterhaus, in Quartier waren (die Division, zu der HITLER gehörte, war bis zur Domobilmachung einzelnen Reserve-Kompagnien zugeteilt), erlebten die Revolution in München.

Die Soldatenräte in der Garnison waren alle rot. Fast jeden Tag wurden Vorträge gehalten im sozialistischen Sinne. November-Geist war Trumpf.

Wo stand damals ADOLF HITLER?

In seinem „offenen Brief“ an den Reichskanzler Dr. BRÜNING (18. Dezember 1931), hatte HITLER die Stirn, zu behaupten:

„Und ich war einer der ganz wenigen, der es schon in jenen Jahren wagte, in offenen Massenversammlungen sich diesen Illusionen entgegenzustellen.“

Das Gegenteil ist wahr. Kameraden und Augenzeugen sagen aus:

„HITLER hat nicht den geringsten Versuch unternommen, gegen die revolutionären Zustände Stellung zu nehmen.“ HITLER unterhielt sich viel mit seinen Kameraden über die Lage. Aber er hat nicht, wie er heute glauben machen will, den Marxismus als Irrlehre oder des deutschen Volkes Untergang gekennzeichnet.

Er sagte einem seiner Kameraden wortwörtlich:

„Ich stehe in Verhandlungen mit dem SPD-ParteiSekretär, um in die Propaganda-Abteilung der SPD einzutreten!“

ADOLF HITLER hat die „Novemberverecher“ in München nicht nur gewähren lassen. Er hat sich um eine Stelle bei ihnen bemüht.

Das ist die Wahrheit.

HITLER hat in den wirren Monaten der Revolution in München, wo es darauf ankam, und wo er seinen Mut in offenen Massenversammlungen hätte zeigen können, nichts, aber auch gar nichts versucht, dagegen aufzutreten. Er verhandelte mit denen, die er heute als Verbrecher bezeichnet! Die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen ParteiSekretär zerschlugen sich. Den Grund hat HITLER nie angegeben.

Im Januar 1919 schlug sich HITLER zu den Rechtskreisen. Sein Regimentskamerad berichtet:

„Zu jener Zeit wuchsen die Regimentsvereinigungen wie Pilze in München aus dem Boden. HITLER lud mich dazu ein. Ich besuchte eine einzige jener Versammlungen und stellte sofort fest, was da gespielt wurde. Nach der damaligen Versammlung stellte ich HITLERS Umschwung fest, obwohl er nicht öffentlich sprach, noch als Diskussionsredner auftrat.“

Wer die damaligen Verhältnisse in München nur in etwa kannte, für den war es klar, daß jene Kreise nicht vor das Volk treten konnten, um neue Ideen zu predigen. Also war es für sie ein Akt der Klugheit, sich einen Menschen zu suchen, der von unten kam und öffentlich sprechen konnte. So konnten sie HITLER als mittellosen und vor der beruflichen Zukunft bangenden Menschen leicht für ihre Ziele gewinnen.“

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 23. März erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M., zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Wo ist die Linie?

Reflexe in den Köpfen kommunistischer Arbeiter.

H. K. Hamburg, 16. März.

Wie ist der Verlust der KP zu erklären? Soviel wir aus Gesprächen feststellen konnten, haben einige, ehemalige KP-Wähler, diesmal HITLER gewählt, weil sie der Ansicht sind, daß nur über die Machtergreifung HITLERS der Weg zur sozialen Revolution ginge. Andere haben HINDENBURG gewählt, weil sie Angst hatten, HITLER könnte siegen; sie haben sich also durch die Argumente der SP überzeugen lassen.

Einige kommunistische Mitglieder und Funktionäre erklärten gestern abend in einer öffentlichen Versammlung des ISK, daß die Abnahme der kommunistischen Stimmen nicht etwa einen Verlust für die KP bedeute, sondern eine Konzentration der Kampfkraft der Partei. Es wären diejenigen abgewandert, die sich vor den Konsequenzen scheuten, die eine Wahl THÄLMANNs zum Reichspräsidenten mit sich brachte. Die jetzigen THÄLMANN-Wähler wären also wahre Klassen-

kämpfer, die nur auf THÄLMANNs Ruf zum Angriff warten. Ein Kommunist verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß er aus der Partei ausgetreten wäre, wenn THÄLMANN acht oder zehn Millionen Stimmen bekommen hätte. Das wäre nämlich ein Zeichen gewesen für das Vorhandensein von parlamentarischen Illusionen, die die Partei geweckt hätte.

Unsere kommunistischen Gäste waren nicht etwa intellektuelle Schwätzer, sondern einfache Parteiarbeiter, die ernsthaft diskutieren wollten.

Netzkarten bei der Reichsbahn.

in Berlin, 17. März.

Seit Beginn des Jahres 1932 gibt die Reichsbahn Monatskarten aus, mit denen große Verkehrsgebiete — Netze — ganz nach Wunsch befahren werden können. Es stehen 16 Netze zur Verfügung, von denen jedes eine Streckenlänge von mehr als 6000 km hat — ausgenommen das kleinere Netz Ostpreußen. Eine Netzkarte dritter Klasse kostet 100 Mark (Ostpreußen 65 Mark). Die Karten gelten ohne weiteren Zuschlag für Eil- und D-Züge.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 18. März.

Berlin:

20.15 THOMAS MANN: GOETHE als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters. (Ueber fast alle deutschen Sender und Wien.)

Königswusterhausen:

16.00 Minister GRIMME: Die Herabsetzung der Altersgrenze für die Lehrer.

Leipzig:

18.00 Sozialversicherungs-Rundfunk.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Pariser Kommune.

Sonnabend, den 19. März.

Langenberg:

16.20 Prof. GESCHER: Hundert Jahre Erzdiözese Köln.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Streifzug durch das sozialistische Moskau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzfeld?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 28, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 48, Lietzmannstraße 16 17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzjahresband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)
A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barcastraße 8. Postcheck: Hamburg 83167

Giegele und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. A.
Wortführer in rechter Auswahl 1-1-1-1-1-1-1-1

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!

Herrnkleidung

Riesenauswahl in
Anzügen, Westen u. Hosen
zu fabrikpreisen billigen Preisen

M. Salamonowitz
19 Berlin-Wedding, 19
Fouestraße

Sobald erschienen:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinwandkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweih-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Spacht: Vom Sinn der Jugendweih • Leonard Nelson;
- Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit • Minna
- Spacht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede • Hellmuth
- Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Braun vor dem Landtag!

Wiederbeginn der Wahlreden.

Berlin, 17. März.

Während der politischen Aussprache zum Haushaltsplan sprach heute Ministerpräsident BRAUN im Landtag. Im einzelnen führte er folgendes aus:

Kultur.

Meinungskämpfe müssen sein, weil sonst das politische Leben stagnieren würde; sie brauchen aber nicht ausgetragen zu werden mit Revolvern und Schlagringen, wie es in unserem politischen Leben leider üblich geworden ist. Man muß schon sagen, daß die früher aus dem wilden Westen und aus gewissen Balkanstaaten berichteten Zustände noch den Ausdruck einer höheren Kultur darstellen gegenüber den jetzt bei uns herrschenden Zuständen.

Studenten.

Der Abg. Dr. von WINTERFELDT sagte, daß ihm die Behandlung der Studenten nicht gefalle. Ich erwidere ihm: Weitesten Kreisen des deutschen Volkes gefällt das Verhalten der Studenten nicht. Wir dürfen nicht dulden, daß an den Hochschulen der Primat der Faust dem Primat des Kopfes übergeordnet wird. Früher war der Schlagring das Attribut gewisser Zuhälter- und Raufboldkreise. Heute ist er auch das Attribut gewisser national sich nennender studierender Kreise geworden. Es ist damit eine neue Spielart schlagender Verbindungen hervorgetreten.

Aufwendungen für Kulturzwecke.

Auch jetzt hat Preußen noch ganz erheblich höhere Aufwendungen für Kulturzwecke als das Preußen vor dem Krieg. Für die Universität hat das alte Preußen 1913 22,6 Millionen ausgegeben, während im Jahre 1931 57,6 Millionen verausgabt wurden. Für die Technischen Hochschulen in Preußen von 1913 5,5 Millionen, 1931 12,9; für Theater Preußen 1913 2, Preußen 1931 9,3 Millionen; für höhere Schulen Preußen 1913 24,3 Millionen, Preußen 1931 49,2; für Volksschulen Preußen 1913 155 Millionen, Preußen 1931 461 Millionen.

Retter Ostpreußens.

Wenn man gar den Ostpreußen erzählt, Ostpreußen sei an Polen verloren, wenn HINDENBURG gewählt werde, ist das doch ein groteskes Uebermaß von Verlogenheit. Ausgerechnet der Dekorationsmaler aus Oesterreich ist der Einzige, der Ostpreußen retten kann.

Herr Hitler,

der nicht Gendarm von Hildburghausen geworden ist, hat dieser Tage bei einer Gastrolle in Weimar erklärt: Wenn man ihn nicht totschieße — er stirbt ja fast alle Tage — würde er seinen Kampf fortsetzen, und wenn es zehn Jahre dauert. Nach dem letzten Sonntag sind die Nationalsozialisten also schon etwas nüchterner geworden. Sie haben von den Kommunisten gelernt: Weil bei denen der Fünfjahresplan nicht ganz programmäßig klappte, macht sich Herr HITLER einen Zehnjahresplan!

Staatskontrolle der Wirtschaft.

Ja, so geht das eben nicht, daß die Kapitalisten in individueller Freiheit Geschäfte machen, in KATZENELNBOGEN-Freiheit (stürmische Heiterkeit), daß Herr LADENDORFF vor lauter Kritik an der Wirtschaft der öffentlichen Hand keine Zeit hatte, sich um seine Kasse zu kümmern, da muß der Staat vorbeugend Sorge tragen, daß sich dergleichen nicht wiederholt. Die Staatskontrolle unserer Wirtschaft ist unerlässliche Voraussetzung wirtschaftlicher Gesundung.

Wirtschaft.

Abg. von WINTERFELDT hat die Wirtschaftsnot auf unsere angebliche einseitige Konsumentenpolitik zurückgeführt. Aber Amerika hat ja Hochschutzzölle, die kaum zu überbieten sind und trotzdem 10 Millionen Arbeitslose. In Wirklichkeit haben die Deutschnationalen die deutsche Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts viel stärker beeinflusst als wir. (Widerspruch rechts.) Ihr SCHIELE oder unser SCHIELE? (große Heiterkeit — rechts: nicht unser SCHIELE!). Ja, wenn jemand nach Kenntnisnahme der wirklichen Verhältnisse zur Vernunft (SCHIELE? Red.) kommt, ist er bei Ihnen abgemeldet!

Denken Sie nur daran, daß hier vor vier Jahren Herr Minister SCHLANGE-SCHÖNINGEN es gewesen ist, der hier unter Ihrem Jubel Ihren Kampf gegen die Preußenregierung erschallen ließ. (Zuruf rechts: Jetzt jubeln wir Herrn SCHLANGE nicht zu!) Es sind gar nicht immer die besten Minister, denen man zubehlt. Jedenfalls haben wir heute Zölle, die drei- bis viermal so hoch sind wie die, die der letzte Kaiser WILHELM als Brotwucher bezeichnet hat. Aber zur Rettung der Landwirtschaft wäre es viel wichtiger, Konsumenten kaufkräftig und zahlungsfähig zu machen.

Das ist die Rede eines Ministers, der den parlamentarischen Apparat geschlagfertig und überlegen handhabt und vom „Berliner Tageblatt“ dafür gelobt wird. Wo aber finden wir in der Rede einen Satz, der verrät, daß hier ein Sozialist spricht?

Englische Politik während der Abrüstungskonferenz.

A. F. London, Anfang März.

Unterhausdebatte.

Im Unterhaus herrschte in der vorigen Woche „dicke Luft“. Selbst das Ansteigen der Gewinnchancen auf Grund des neuen Zollgesetzes brachte es nicht fertig, die Stimmung des Hauses zu verbessern. Der Ausgabenetat für Heer und Marine stand zu Debatte.

Den Grundton, der dieser Debatte die Tonart gab, schlug der erste Lord der Admiralität an. „Es ist mein Pech, den niedrigsten Voranschlag seit 1913 zu begründen.“

Ich habe diesen Satz nicht aus dem Zusammenhang seiner Rede herausgerissen, dieser Satz charakterisierte faktisch alles, was er zu sagen hatte. Der Marine-Etat ist in Wahrheit von rund 50 Millionen Pfund auf rund 49 Millionen Pfund gefallen. Diese gewaltige Senkung bedeutet natürlich keineswegs, daß weniger Schiffe gebaut werden — das Programm für den Neubau von Schiffen sieht vielmehr ein Ansteigen der Ausgaben um 2,7 Millionen Pfund vor. Die Ersparnisse beziehen sich auf Verwaltungsausgaben, auf Löhne und Pensionen. Nach der Meinung des Admirals ist die Senkung des Etats bis an die Grenze gegangen. Seine ablehnende Haltung gegenüber weiteren Beschnedigungen wurde nur noch von CHAMBERLAIN übertroffen. „Während wir Beschränkung nach Beschränkung vornehmen, erhöhen die andern Nationen ihre Streitkräfte... das kann doch nicht so uferlos weitergehen.“ Starker Beifall!

Der Zwang, der diese Männer dazu brachte, überhaupt einer Herabsetzung der Marine-Ausgaben zuzustimmen, war ihnen einzig und allein diktiert durch die finanzielle Lage Englands. Mit keinem Wort wurde der Abrüstungsversprechen gedacht, die auch Groß-Britannien einstmals gegeben hat.

Die Debatte über den Heeres-Etat zeigte das gleiche Bild. Das Senken der Heeres-Ausgaben um rund 3,5 Millionen Pfund könne bestenfalls nur als eine vorübergehende Maßnahme angesehen werden und bringe die britische Armee in schwere Gefahr. Trotz der Wirtschaft sei es dem Kriegeministerium gelungen, wenigstens das Bewaffnungsprogramm auf seiner vollen Höhe zu erhalten. Die Kavallerie sei mit neuen leichten Maschinen ausgerüstet... Tankregimenter seien gebildet worden... und so ging die Aufzählung weiter. Auch die Aufrechterhaltung der Kadettenkorps wurde offiziell bestätigt. „Selbstverständlich seien sie nicht dazu nötig, die Reservisten ausgebildeter Offiziere zu ergänzen. Weit gefehlt. Sondern, obgleich die Welt ohne Waffen auskommen könne, so könne sie doch niemals bestehen, ohne die soldatischen Tugenden der Opferbereitschaft, der Treue, der Führerqualitäten, die nur durch die Schule militärischer Disziplin und der Gewöhnung an Gehorsam erreicht werden können.“

Dort wo die Regierungsvertreter saßen — Verstimmung, einen solchen Etat vertreten zu sollen; dort wo die Vertreter der Arbeiterpartei saßen — nichts als Schwäche. Nicht ein einziger ihrer Redner forderte eine Herabsetzung des Heeres-etats. Ganz am Ende der Sitzung raffte sich einer auf, den Antrag einer allgemeinen Abrüstung einzubringen, der doch im Interesse der Menschheit läge; ein Konservativer antwortete ihm; die Regierung stehe solchen Gedanken natürlich äußerst sympathisch gegenüber; die Regierung würde aber dieser Aufgabe weit weniger entsprechen, wenn sie die Ab-

rüstung vornehme, als wenn sie die Ursachen der Kriege beseitige. Der Arbeitervertreter zog daraufhin seinen Antrag zurück.

Man muß zugeben, daß sich die Arbeiterpartei in einer heiklen Position befand. Wenn in früheren Jahren Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei Beschränkung der Heeresausgaben gefordert hatten, so hatten die sozialistischen Minister geantwortet, daß ja das britische Heer schon gar nichts mehr weiter sei als eine bloße Polizeitruppe. Sie mußten damit rechnen und taten es offenbar, daß die Konservativen ihnen diese Worte bei jeder Kritik am Heeres-Etat vorhalten würden.

Die ganze Aussprache charakterisiert deutlich die Politik der jetzt in England herrschenden Klasse. Die Beratung stand in völligem Gegensatz zu allen Heeresberatungen der Nachkriegsjahre; nicht einmal der Versuch mehr wurde unternommen, das Aufrüsten durch Phrasen über eine allgemeine internationale Abrüstung zu verschleiern. Die Genfer Abrüstungskonferenz wurde nicht mit einer Silbe erwähnt; alles lief darauf hinaus, schon jetzt eine künftige Erhöhung der Heeresausgaben vorzubereiten.

Ich habe die Reden der extrem reaktionären Mitglieder der Konservativen bisher nicht wiedergegeben; natürlich sprachen sie weit offener. Einer von ihnen empfahl dringend, die Reden von Lord ROBERTS, dem englischen Heerführer, die er vor dem Weltkrieg gehalten habe, eifrig zu studieren. Ein anderer Redner schloß mit den Worten: „Die Jahre himmelblauer Illusionen sind vorüber. Harte Tatsachen im Osten erheben ihre Stimme. Unser Friede wird wie in der Vergangenheit auf der Kraft unserer Waffen ruhen.“

In diesem Sinn hatte ja auch GARVIN gesprochen, der England in seinem „Observer“ vor einigen Wochen gewarnt hatte, das Spiel mit Menschenleben und Blut zu riskieren, solange noch nicht eine Reorganisation des gesamten militärischen Systems der Nation vorgenommen sei. Die Parlamentdebatten haben völlig klar gezeigt, daß sich die Regierung mit GARVIN einig ist. Das, was die Männer dieser Regierung bewegt, brachte der erste Lord der Admiralität, wenn auch in seiner Sprache, am besten zum Ausdruck: „Obwohl ich seit langen Jahren Mitglied des Unterhauses bin, gehörte mein Herz doch immer der Marine.“

Vergessen wir nicht zum Schluß, daran zu denken, daß diese Regierung offiziell unter der Führung des Pazifisten RAMSAY MACDONALD steht. Während die Kriegshetzer, die in seinem Kabinett sitzen, den Heeres-Etat im Unterhaus verhandeln, bleibt MACDONALD den Sitzungen fern, wenn solche Debatten auf der Tagesordnung stehen.

Eine Bombe auf einer englischen Abrüstungstagung.

In London fand ein dreitägiger Abrüstungskongreß statt; auf der Tagesordnung stand das Thema: „Die Wirkung der Abrüstung auf die Arbeitslosigkeit“. Die Diskussionsredner wiederholten einer nach dem andern die alten Platteiten, und das Publikum langweilte sich zum Sterben. Unter den Vertretern der Rüstungsindustrie hatte sich gerade einer über die Segnungen ausgelassen, die die Aufrüstung der Völker der Welt gebracht habe. Die verblüfftesten Fortschritte der Schwerindustrie seien darauf zurückzuführen, daß das Militär die Industrie dauernd anreize, neue, festere und leichtere Stoffe für die Rüstungen zu verwenden. Da erhob sich plötzlich ein Unbekannter aus der Versammlung. Er wies darauf hin, daß der Abrüstung nur die Profite im Wege ständen, die Profite, die jetzt von der Schwerindustrie eingeholft würden. Er erwähnte das rasende Ansteigen der Papiere der Rüstungsindustrie, ein Ereignis, das unmittelbar auf die Kämpfe in Ostasien zurückzuführen sei. Lärm und Zwischenrufe: „Roter!“ schollen ihm entgegen. „Ich stelle Tatsachen fest“, rief er in Erregung, „die niemand in diesem Raum bestreiten kann. Ich habe viele Vormittage im Somerset-Haus (einem Regierungsgebäude) zugebracht und dort die Listen von Hunderten von VICKERS-Aktionären eingesehen. (VICKERS ist der englische Krupp.) Ich war entsetzt, dort die Namen von Mitgliedern des Völkerbundes zu finden, von englischen Ministern und Namen über Namen von Geistlichen und Staatsmännern.“

Unter denen, die „Roter“ gerufen hatten, befand sich auch eine Lady. Als sie hörte, wie der Redner von dem Ansteigen der Rüstungsaktien sprach, beugte sie sich zu ihrem Nachbarn hinüber und flüsterte ihm zu: „Ich wollte, ich hätte eins oder zwei dieser Papiere.“

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelrotter-Verlag, Berlin

(66. Fortsetzung.)

Finden Sie sich mit der Tatsache ab, daß neun Millionen Franzosen um mich eine Legende hüllen, die mir selbst sinnlos genug vorkommt. Es war wahrhaftig nie mein Ehrgeiz, ein Halbgott der Massen zu sein. Aber danken Sie dem Himmel auf Knien, daß es jetzt eine Faust in Paris gibt, der man sich vertrauensvoll unterwirft. Wenn ich jetzt nicht dort ans Fenster trete und Ihren Rücktritt auf den Kai hinunterschreie, dann tritt der Strom über die Ufer! Gegen Chaos und Mordtaumel bin auch ich machtlos und lächerlich. Hören Sie, Baron? Sind Ihre Augen zu alt geworden, die wutverzerrten Gesichter Ihres Volkes zu erkennen...?“

Saint Brice, dessen Schultern Brandts Griff umklammert, spreizt die Greisenfinger in die Luft, haltschwend. „Ich kann nicht...! Unerträglich, was Sie mir ansinnen...! Unter den Augen des Ministerpräsidenten propagieren Sie den Hochverrat...!“

Draußen dröhnt und bebt der Asphalt. Ein Riese schneit über den Kai zu marschieren, unter dessen Schritten Paris wankt und zittert. Rufe schrillen. Zerhackte Kommandos. Und plötzlich, drohend, fordernd, ein Stimmenbrausen in tausendfachem Chor: „Brandt!!! Brandt!!! Brandt...!“ Jetzt springt das Getöse auch herein auf die Treppen, in die Gänge. Die Tür fliegt krachend auf.

Wie ein lebendiger Felsklotz steht Broucq auf der Schwelle. Seine Augen sind dick unterlaufen. Der Haarbüsch flattert. Die graue Bartwildnis umwogt das drohende Runzelgesicht. Hinter ihm ballt sich eine Gruppe Soldaten unter Führung eines Offiziers.

Brandt schließt auf ihn zu wie eine Wetterwolke. „Was wollt ihr hier! Hab' ich euch ermächtigt, hinter mir herzulaufen wie Wachhunde! Es wird sofort abmarschieren!“

„Nur in Gemeinschaft mit Ihnen!“ Breitbeinig wuchtet der ehemalige Schmied im Türhaken. „Oder haben Sie die Regierung übernommen?“

Mit kroidigem Gesicht nähert sich Saint Brice der Soldatengruppe. „Herr Kapitän, sorgen Sie dafür, daß ich in meinem Zimmer nicht von Unberufenen überfallen werde!“

Der Offizier macht Miene, Broucq auf den Gang zu stoßen. Aber mit mächtigem Satz steht der alte Arbeiterführer an der Schulter des Ministerpräsidenten. „Ein Unberufener bin ich!“ Schmiedegellenlächler hallt von den Wänden zurück. „Herr! Drei Minuten gib Ihnen! In drei Minuten muß ich mit Brandt unten bei den Arbeitern sein! Sonst explodiert Menschendynamit!“

Brandt hat während dieses Zwischenspiels den Offizier und die Soldaten herrisch über die Schwelle gedrängt und die Tür zugeschlagen. Er hört den Greis mit zuckenden Lippen reden:

„Ihre Drohung, Herr Broucq, zwingt mich, über Sie die Schutzhaft zu verhängen.“

Wieder erfüllt Schmiedegellenlächler das Zimmer.

Brandt hat glühende Augen. „Baron, wollen Sie Paris in ein Schlachtfeld verwandeln!“

Mit wächsernem Gesicht geht Saint Brice zur Tür, klinkt auf, ruft einen Befehl auf den Gang hinaus.

Am andern Ende des Zimmers hat Broucq in jähem Entschluß ein Fenster aufgerissen. Seine Berserkerstimme schmettert wie eine Fanfare über den Kai hin: „Brandt gefangen! Brandt gefangen!“

Im gleichen Augenblick wird der klobige Schmiedegellenleib von Soldatenfäusten gepackt.

„Soldaten!“ brüllt Broucq auf. „Schießt ihr auf eure Brüder! Arbeiter und Bauern seid ihr wie wir! Für euch kämpfen wir!“

Brandt hält den Ministerpräsidenten an der Schulter: „Widerufen Sie die Verhaftung Broucqs! Das ist das Signal zum Bürgerkrieg...!“

Da gelbt durch das offene Fenster eine durchdringende Frauenstimme: „Brandt gefangen! Brandt gefangen! Brüder, rächt Brandt! Angriff! Angriff...!“

Brandts Gesicht verfärbt sich. Die Landrux öffnet die Blutschlusen! Er will ans Fenster stürzen, den Gebotshof hinauszuschreien. Er fällt in die vorgehaltenen Bajonette der Soldaten.

Gewehrsalven zerfetzen die Augustnacht. Maschinengewehre hämmern. Zehntausend Arbeiter und Bürger brüllen.

„Mörder! Mörder...!“ keucht es aus dem breiten Brustkasten des alten Gewerkschaftlers heraus. „Weg frei...!“ Den Armmuskeln des einstigen Schmiedes sind die fünf Soldaten nicht gewachsen, sie taumeln, von Faustschlägen getroffen, gegen die Türpfosten.

Hinter dem Flüchtenden krachen drei Revolvorschüsse, die der Offizier nachfeuerte.

Ein langgezogener, ächzender Aufschrei, Dumpfer Fall einer zusammenbrechenden Masse.

„Es wird nicht paktiert!“ Die metallene Stimme des Ministerpräsidenten überschlägt sich.

Draußen am Ende des Korridors kniet Brandt neben dem Niedergeschossenen. „Broucq... Broucq...“ Er neigt sich auf den wutverzerrten Mund des Röchelnden. Der gewaltige Körper, dem das Leben entflieht, bäumt sich mit dem austretenden Blut in die Höhe, viermal, fünfmal.

Mit geisterhaften Zügen erhebt sich Brandt. Die Wut quillt aus seinen Augen. Aus allen Türen stürzen die Beamten heraus. Der Offizier hält noch den Revolver in der hängenden Rechten.

„Um diesen Toten zu rächen, wird viel Blut fließen müssen!“ ruft Brandt über die bestürzten Umstehenden hinweg. Sein Gesicht ist nicht wiederzuerkennen. Seine Asketenlippen haben alle Güte verloren. Herrisch fährt er die Soldaten an: „Hier im Empfangszimmer aufbahnen!“ Gehorsam ergreifen sie den schweren Körper. Brandt stützt mit seinen Händen den haarumwehten Schädel. Blut quillt über seine Finger. Teures Kameradenblut.

Dann liegt der tote Revolutionär auf dem Gobelinsofa. Draußen rattern Maschinengewehre. Geschützdonner rollt gegen die Außenmauern. Totengeläut, eines furchtlosen Revolutionäres würdig. (Fortsetzung folgt.)

Sind die französischen Sozialisten für Privateigentum an Grund und Boden?

Auch in Frankreich gibt es keine amtliche Statistik der Grundeigentumsverhältnisse. Aber auf Grund von Berechnungen und Schlüssen (die wir hier bald auseinandersetzen werden) ergibt sich, daß es heute gut 2½ Millionen selbständige Mittelbauern (mit 5 bis 20 Hektar) auf eigener Scholle in Frankreich gibt. Mit ihren Angehörigen machen sie also rund 10 Millionen oder etwas über ein Viertel der Bevölkerung Frankreichs (1931: 38,9 Millionen) aus. Dazu kommen noch rund 200 000 mittlere Pächter und fast 2 Millionen Landarbeiter. Rund die Hälfte der französischen Bevölkerung ernährt sich also noch heute unmittelbar und völlig durch ihre Arbeit in der Landwirtschaft.

Von jeher haben daher die französischen Sozialisten ihre besondere Aufmerksamkeit der Frage zuwenden müssen, was in der sozialistischen Gesellschaft mit dem Eigentum an Grund und Boden geschehen soll. Manche französischen Geschichtsforscher behaupten, daß die Revolution von 1830 eben daran gescheitert sei, daß die Revolutionsregierung die sofortige Enteignung des gesamten Grund und Bodens angeordnet habe. Denn wie überall wollen auch in Frankreich die Bauern sich nicht von ihrem Grundeigentum trennen und wollen die Landarbeiter Möglichkeiten haben, auch Bauern auf eigenem Lande zu werden. Die sozialistischen Parteien, die nacheinander in Frankreich entstanden sind, waren also vor die Frage gestellt, wie sie ihre Theorie mit den Wünschen dieser Bauern und Landarbeiter in Einklang bringen konnten, wollten sie nicht bei den Wahlen die Stimmen der sehr erheblichen Landbevölkerung gegen sich haben. Auch die augenblicklich in Frankreich bestehende sozialistische Partei (SPF), die französische Sektion der 2. Internationale, hat sich häufig mit dieser Frage befaßt.

Aus den Diskussionen auf den Kongressen dieser Partei in Limoges 1906, in Nancy 1907, Toulouse 1908, Saint-Etienne 1911 und Bordeaux 1930 sind eine Resolution über das Grundeigentum, die 1930 in Bordeaux angenommen wurde, und ein Agrarprogramm hervorgegangen, das im Januar 1931 die Zustimmung des Nationalrats der Partei erhielt. Fast alle Ausarbeitungen, die zu dieser Frage in der Partei gemacht worden sind, verdankt man COMPERE-MOREL, der auch in unzähligen Zeitungsaufsätzen und mehreren Broschüren (z. B. in einer interessanten Polemik mit dem „Temps“ im Jahre 1923) den Standpunkt der Partei dargelegt hat. Welches Bild ergibt sich nun auf Grund dieser Beschlüsse und Veröffentlichungen von der Stellung der französischen Sozialisten zur Frage des Privateigentums an Grund und Boden.

Die französischen Sozialisten unterscheiden zwischen kapitalistischem Eigentum und individuellem Eigentum (oder Familieneigentum, wie COMPERE-MOREL neuerdings sagt).

Das erste soll dadurch gekennzeichnet sein, daß diejenigen, durch deren Arbeit es geschaffen oder genutzt wird (z. B. Landarbeiter auf großen Gütern und Industriearbeiter in Großbetrieben) nicht selber die Eigentümer sind. In diesen Fällen, so heißt es, sind Kapital und Arbeit voneinander getrennt.

Das individuelle Eigentum ist dagegen dasjenige, das im wesentlichen durch die Arbeit der Eigentümer selber geschaffen und genutzt wird. In diesem Sinne ist der Grund und Boden der Kleinbauern und Mittelbauern individuelles Eigentum. Gemäß den Beschlüssen der Sozialistischen Partei soll das individuelle Eigentum bei der Machtergreifung seinen Eigentümern erhalten bleiben, das kapitalistische Eigentum dagegen enteignet und in Kollektivbesitz übergeführt werden.

Auch die heutigen Landarbeiter sollen Möglichkeiten haben, solches individuelle Eigentum zu erwerben. Vor allen Dingen aber sollen sie „Miteigentümer“ werden an den in Kollektivbesitz übergeführten großen Gütern, ein Kollektivbesitz, der Gewerkschafts-, Gemeinde-, Genossenschafts- oder „sozialer“ Besitz sein kann. (Was hier „sozial“ heißt, wird nicht erklärt.)

Die Entwicklung führe aber mit Notwendigkeit dahin, daß die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe zu Gunsten von Großbetrieben verschwinden. Die Bauern werden nach und nach einsehen, daß es für sie und die Allgemeinheit vorteilhafter ist, ihr Land in Kollektivbesitz überzuführen und selber in Kollektivbetrieben der oben beschriebenen Art zu arbeiten. Die sozialistische Erziehung könne diese Entwicklung sehr fördern. Die Bauern werden also nicht enteignet, sie verschwinden aber nach und nach durch eigenen Entschluß.

So weit erscheinen diese Programmpunkte als eine zwar auf schwachen Füßen stehende, aber doch in sich folgerichtige Theorie. An sich gibt sie noch keine Veranlassung zu dem Vorwurf, daß die sozialistische Partei ihre Ansichten umgebogen hat, um den Wählern zu gefallen. Die Versuche COMPERE-MORELS, das „Kommunistische Manifest“ und Werke von MARX und ENGELS zur Rechtfertigung dieses Programms heranzuziehen, brauchen nicht auf der Absicht zu beruhen, den Kompromiß zwischen Kollektivismus und Privateigentum auch den überzeugten Marxisten seiner Partei schmackhaft zu machen. Zwar ist die Unterscheidung von individuellem und kapitalistischem Eigentum nicht unbedenklich, zwar ist die Ueberlegenheit des Großbetriebes — auch des genossenschaftlichen — in der

Landwirtschaft zum mindesten völlig unerwiesen. Aber es ist doch denkbar, daß der Theoretiker der SPF von der Richtigkeit dieser beiden Grundlagen seiner Theorie überzeugt ist.

Nun hat aber COMPERE-MOREL im „Populaire“ vom 21. Januar 1932 einen Aufsatz erscheinen lassen, der mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen (und der Hoffnung der SPF, besonders auf dem Lande an Stimmen zu gewinnen) von besonderem Interesse ist. In diesem Aufsatz lesen wir unter anderem die folgenden interessanten Sätze:

„Der Bauer, dessen Arbeit einen so besonderen Charakter hat, daß sie zum großen Teil jeder wirksamen Kontrolle entgeht, hat es in der Hand, aus dem Boden ein gutes oder schlechtes Produktionsmittel zu machen. Es folgt daraus, daß in der Landwirtschaft, wo der Boden keine uninteressierte und unverantwortliche Bewirtschaftung verträgt, die Lohnarbeit ihrer Natur nach nicht aus dem Boden so gute Ergebnisse herausholt oder, genauer, herausholen kann wie der daran interessierte Besitzer.

Es ist also notwendig, wenn wir aus der fruchtbaren Erde die besten Ergebnisse erzielen wollen, den Landarbeiter zu einem Eigentümer zu machen, damit der, der das Land bearbeitet, auch selber der Nutznießer seiner Arbeit ist.

Man hat behauptet, daß der Sozialismus die Absicht hat, den landwirtschaftlichen Arbeitsprozeß von einer verküchertem, unverantwortlichen Bürokratie leiten zu lassen.

Nichts ist so sehr der Wahrheit zuwider wie diese Behauptung. ... Freier Lauf soll der Privatinitiative derer gelassen werden, die wir als erste heranziehen und interessieren wollen.

Auf dem Wege zum Außenhandelsmonopol.

Unter derselben Überschrift sagten wir in Nr. 49 vom 27. Februar voraus, wohin die neue „Errungenschaft“ der Handelspolitiker, die Kontingentierungspolitik, führen werde. Seit den französisch-deutschen Ministerbesuchen setzen private französische und deutsche industrielle Verbände fest, welche Kontingente (beschränkte Mengen) deutscher Waren nach Frankreich hereingelassen werden sollen. Wir schrieben in dem erwähnten Aufsatz, daß damit der Weg zum deutschen Außenhandelsmonopol im Werden. Uns wird hier eine Gefahr für den deutschen Außenhandel deutlich und greifbar, die fast von niemandem als solche erkannt wird.

Wir denken dabei nicht einmal an die besondere Enttäuschung, die deutschen Industriellen zuteil würde, als sie die von den französischen Vertragspartnern ihnen zugestandenen Einfuhrmengen nun unter sich verteilen wollten. Sie erfuhren, daß die Franzosen eine ganz andere Ausnutzung der Kontingente beabsichtigen: Sie wollen die deutschen Produzenten „gegeneinander ausspielen“, wie von deutscher Seite mit dem Unterton moralischer Mißbilligung berichtet wird. Tatsächlich haben sich französische Verbände bemüht, mit einer einzigen deutschen Firma einen Abschluß über das gesamte Kontingent zu machen, sofern diese Firma im Preis Zugeständnisse macht. Das Uebel in diesem Fall ist, daß kleine und mittlere deutsche Firmen dabei nicht mit konkurrieren können. Wer soll es aber den

Wir verstehen genug von den landwirtschaftlichen Dingen und der Psychologie der Bauern, um keinen Augenblick lang an eine Gesellschaft zu denken, die mechanisch geleitet wird und in der der Boden bearbeitet wird mit Hilfe einer Armee von Bauern-Beamten und mit Hilfe von Verordnungen und Gesetzen und Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung. ...

Der im Feuer der wirtschaftlichen Wirklichkeiten gestählte Sozialismus wird, wenn er gesiegt hat, sich davon hüten, den Irrsinn zu begheben, die Tatsachen gemäß seiner Ideologie umbiegen zu wollen.“

Diese Zeilen enthalten sehr viele richtige Erkenntnisse. Aber sind sie noch mit dem oben erwähnten Programm vereinbar, das sich auf die Beschlüsse der Parteitage gründet? Hat COMPERE-MOREL plötzlich seine Ansicht geändert? Ist er zur besseren Einsicht gelangt in Bezug auf die Schwierigkeiten des Großbetriebes in der Landwirtschaft? Oder handelt es sich nur um einen Versuch, noch mehr Bauern-Stimmen zu gewinnen? Woran soll man sich in Zukunft halten, wenn man das Agrarprogramm der französischen Sozialisten kennen lernen will, an den COMPERE-MOREL von 1931 oder den von 1932? Wenn der neue Aufsatz im „Populaire“ wirklich eine neue Erkenntnis seines Verfassers wiedergibt, so können wir die französischen Sozialisten beglückwünschen zu einem Schritt der Lösung von dem blinden Glauben an den Kollektivismus. Stellt dieser Aufsatz aber nur ein Stück Wahlpropaganda dar, so kann man auch kein Vertrauen mehr haben zu dem früheren Agrarprogramm, das dann ebenfalls dem Verdacht ausgesetzt ist, nur dazu zu dienen, gegenüber den Bauern-Wählern den radikalsten vollständigen Kollektivismus zu verdecken.

Gerhard Kumleben.

französischen Käufern verübeln, wenn sie den Rest von Konkurrenzmöglichkeiten, der nach jenen Kontingentverträgen noch besteht, zu ihren Gunsten ausnutzen?

Inzwischen blüht auf deutscher Seite eine ganz andere Konkurrenz. Auf Grund der Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft konnte man das leicht voraussehen. Wir schrieben am 27. Februar:

„Statt sich um die Ausfuhr zu bemühen, werden die Unternehmungen sich um den Handel mit Kontingentsansprüchen bemühen.“

Am 17. März lesen wir im „Berliner Tageblatt“ in einer Zuschrift „aus industriellen Kreisen“ über

„den schwindhaften Handel in Kontingenten ... der sich heute ausbreitet und das ganze Zuteilungsverfahren mehr oder weniger illusorisch macht. Eine Firma, die sich zurückgesetzt fühlt, oder aus anderen Gründen Verwendung für ein höheres Kontingent hat, begibt sich auf die Jagd nach verkaufsbereiten kontingentberechtigten Firmen. So werden die Kontingente teuer bezahlte Handelsobjekte. Ungeahnte Ausbeuten werden sich hier für bankrotte und insolvente Firmen, die zunächst ein Kontingent sich zuteil lassen und es dann meistbietend wieder an den Markt veräußern.“

In jener Zuschrift wird verlangt, daß die Regierung mehr als bisher eingreife. Was dann kommen wird, ist auch leicht voraussehen: es wird kommen die Konkurrenz um Beziehungen zu Amtsstellen; in Anzeigen werden Angestellte sich anbieten, die gute Beziehungen haben oder zu haben vorgeben.

Je näher sich das, was man heute noch deutsche „Handelspolitik“ zu nennen pflegt, dem Friedhof der privaten Initiative der Exporteure, genannt „Außenhandelsmonopol“, nähert, um so mehr Kraft wird dazu gehören, den Kurs herumzureißen. Wer wird sie aufbieten? Rpt.

Reichsbank.

Wieder Rückgang des Gold- und Devisenbestandes.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wert-sek	Lombard-ford.	Wertpap-Schereka	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-umlauf
7. 3. 1931	2285	189	44	85	1842	4145	301	5701
15. 3. 1931	2286	209	8	91	1626	3968	266	5511
7. 2. 1932	928	147	22	129	462	4276	333	6170
15. 2. 1932	929	144	4	188	3249	4155	371	6037
7. 3. 1932	880	156	34	21-	8268	4179	319	6159
15. 3. 1932	877	142	39	200	3264	4113	344	6042

Nachdem vier Wochen lang die eigenen Deckungsbestände der Reichsbank ungefähr gleich geblieben waren, ist in der Berichtwoche der Abfluß von Gold für 3,1 Millionen Mark und Golddevisen für 14,7 Millionen Mark zu verzeichnen. Die eigenen Deckungsbestände der Reichsbank haben also um insgesamt 17,8 Millionen Mark abgenommen. Sie betragen nur noch rund 430 Millionen Mark. Wenn auch nur der Schein der Aufrechterhaltung der Goldwährung aufrechterhalten werden soll, dürfen diese Deckungsbestände nicht mehr stark abnehmen!

Die Ausleihungen der Reichsbank haben sich gegenüber der Vorwoche nicht sehr verändert. Sie wären vermutlich zurückgegangen, wenn nicht die Hoffnung auf Diskontsenkung bewirkt hätte, daß vielfach Kreditansprüche möglichst aufgeschoben wurden. Nachdem am 9. März der Diskont von 7 auf 6 Prozent gesenkt worden ist, wurde der zurückgehaltene Bedarf gegenüber der Reichsbank geltend gemacht.

Die Diskontsenkung läßt es natürlich manchem Schuldner günstiger als vorher erscheinen, Reichsbankkredit statt Auslandskredit in Anspruch zu nehmen; die Bereitschaft, Auslandskredite zurückzuzahlen oder nicht voll in Anspruch zu nehmen, wird durch die Diskontsenkung also gesteigert. Ob und inwieweit auf diesem Wege die Diskontsenkung eine Ursache für den Gold- und Devisenabfluß ist, läßt sich noch nicht erkennen. Rpt.

Der Segen der Staatsaufsicht.

Die seit dem 1. Oktober 1931 eingeführte staatliche Aufsicht über die Bausparkassen zeigt schon heute verhängnisvolle Folgen. Wir berichteten bereits in Nr. 52 darüber, wie langsam das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung in der Revision der Bausparkassen vorgeht. Immerhin ist doch schon bei etwa 35 Bausparkassen die weitere Geschäftstätigkeit untersagt worden, das heißt: bei der Hälfte der bisher geprüften Bausparkassen.

Diese Tatsache hat geradezu zu einem Sparerstreik auch bei denjenigen Bausparkassen geführt, über die noch nichts Nachteiliges bekannt ist. Infolge der immer häufiger auftretenden Weigerung der Bausparer, die vertraglich festgesetzten Sparbeiträge pünktlich einzuzahlen, kommen naturgemäß auch die gesündesten Bausparkassen in eine immer schwieriger Lage.

Andererseits täuscht leicht die Prüfung, die sich lediglich auf formale Dinge erstreckt: Eine Genehmigung der Geschäftspläne bedeutet nur, daß keine formalen Bedenken gegen die Geschäftsführung zu erheben sind; doch wird ein günstiger Ausgang der Prüfung leicht als Qualitätsnachweis für die betreffende Bausparkasse angesehen.

ENGLAND

Diskontsenkung: Nachdem der Diskontsatz der Bank von England erst am 10. März von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt worden ist, wurde er am 17. März ganz unerwarteter Weise auf 3½ Prozent gesenkt.

Baugewerbe: Die Sparmaßnahmen, die von der Regierung im Herbst 1931 durchgeführt worden sind, haben zu einer starken Verschärfung der Krise im Baugewerbe geführt. Zur Zeit sind 273 000 Bauarbeiter erwerbslos. Dazu kommen noch die Erwerbslosen in den Industrien, die vom Baugewerbe abhängig sind.

DEUTSCHLAND

In Württemberg wird voraussichtlich, unter Beteiligung des Staates, eine Bank eröffnet werden, um die württembergische Industrie von den Berliner Banken unabhängiger zu machen. Man hofft, daß die erforderlichen Mittel durch Zeichnung von Aktien in Württemberg aufgebracht werden